

Volksstimme

Einzelnummer 30 Fig.

Redaktion:
Galle a. S., Gr. Franzstraße 17
Fernsprecher 6802
Erscheinung täglich von 7.12.—7.1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg,
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaft“
jeden Freitag nachmittags.

Verlag und Expedition:
Galle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 8407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 97 **Halle, Montag, den 26. April 1920** **4. Jahrgang.**
Anzeigenpreis: In halbjährigen Anzeigen 40 Pfg., im
bestenfalls 1.20 Pfg., für die Württembergische
Zustellungsgebiete mit 50% Aufschlag. — Gebühr der
Anzeigenannahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

Demokratie und Räteystem.

Der Wahlaufbruch der Unabhängigen feiert in ihnen-
dem Vorgegang das Räteystem, durch das erst das
Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung der
arbeitenden Menschen in Betrieb, Gemeinde und Staat
verwirklicht wird. Daraus muß man schließen, daß
das Räteystem etwas Wunderliches ist — und man
muß die Verfechter des Aufbaus umso entschiedener ta-
deln, weil sie uns absolut nichts sagen, worin dieses
Wunderliche liegt und wie man zu ihm kommt.

Räteystem ist heute ein Wort, unter dem jeder,
der es braucht, etwas anderes versteht, und diese, die
es gebrauchlos machen, verstehen überhaupt nichts
darunter. Eine Partei aber, die um die Stimmen der
Wähler wirbt, hat die Pflicht, allen zu sagen, was sie
will. Mit Schlagworten, unter denen sich jeder etwas
Beliebiges vorstellen kann, ist uns in unserer Not nicht
geholfen.

Wir nehmen zugunsten der Unabhängigen an, daß
sie unter dem Räteystem nicht etwa das russische
Verstehen, das in seiner Weise zur Nachahmung reizt. Das
russische Räteystem ist weiter nichts, als das Mäntelchen
für die Parteidiktatur einer Minorität. Diese Dik-
tatur hat zwar den guten Willen, aber nicht die Kraft,
etwas Nützliches für die Arbeiter zu schaffen, und vor
allem sie wirkt nicht durch die Arbeiter, sondern auf
die Arbeiter. Auch heute noch hat die arbeitende Be-
völkerung in Russland weniger zu sagen als in irgend
einem anderen Lande der Welt. Und wenn die Bolsche-
wisten nach ihrer Art ihr Bestes tun, so tun sie das —
so nach der Art eines aufgeklärten Absolutismus —
soß für das Volk aber nicht durch das Volk?

Ein Räteystem in Deutschland oder in einem an-
deren Lande der Welt, das von einer kulturell hoch-
stehenden, an demokratischen Mitbestimmungsrecht ge-
wöhnten Bevölkerung demotiviert ist, müßte also jedenfalls
ganz anders aussehen als das russische. Aber wie?
Auf diese Frage haben wir noch niemals eine wirklich
Marxistische Antwort erhalten.

Welche Volksgenossen sollen Wahlrecht haben und
welche sollen vom Wahlrecht ausgeschlossen sein? Wie
will man für diesen Ausschluß eine allgemein verbind-
liche Regel aufstellen? Sollen die wirtschaftlichen Räte
gleiches oder politisches sein? Wie will man bei der ver-
schiedenen Größe und der Zerplitterung der Betriebe
ein wirklich gleiches Wahlrecht durchführen? Wie will
man jedem Wähler die volle Freiheit seiner Abstimmung
sichern und die Wahlergebnisse zweifellos feststellen?
Soll der Zentralrat für das Reich in direkter Abstim-
mung über in indirekter gewählt werden? Und wenn
die indirekte Abstimmung, womöglich noch in der drei-
fachen Abstufung von Reich, Provinz und Staat, besteht
wird, glaubt man dadurch dem arbeitenden Volk ein
besseres Selbstbestimmungsrecht zu geben als durch die
direkten Wahlen zum Reichstag? Was soll aus dem
Recht des arbeitenden Volkes, in direkter Abstimmung
Gesetze zu beschließen, werden, wie es durch die neue
Verfassung eingeführt ist? Glaubst man, das Selbst-
bestimmungsrecht des arbeitenden Volkes erweitern zu
können, wenn man dieses Recht beseitigt?

Alle diese Fragen bedürfen einer Klaren und einer
eindeutigen Antwort, wenn man sehen will, wofin die
Reife eigentlich geht. Und das soll man doch! Die
Wähler sind berechtigt, die Parteien zu fragen, wofin
sie sie führen wollen. Die Unabhängigen geben aber auf
diese Frage eine durch ihre Unklarheit volle nichts-
sagende Antwort.

Wagt weniger als das Ziel des Räteystems bedarf
der Weg zu ihm einer vollkommenen Klarstellung. Die
Einführung dieses Systems bedarf zweifellos einer
Veränderung des bestehenden Verfassung. Nach dieser
Veränderung können Verfassungsentwürfen entweder
durch unmittelbare Mehrheit der Volksvertretung oder
durch Volksentscheid in allgemeiner Abstimmung voll-
zogen werden. Einen anderen Weg, von der bestehen-
den Verfassung zu einer anderen zu gelangen, gibt es
nicht. Haben die Unabhängigen die Mäßigkeit, dieses Ver-
wirklichung ihrer Ziele einen dieser beiden Wege zu
begreifen? Wollen sie den Kampf für ihr Ziel mit
geheimen Mitteln führen und die bestehende Form der
Demokratie auf dem Wege der Demokratie selbst ver-
ändern? Auch darüber wäre eine klare und unzwei-
deutige Antwort dringend notwendig.

Der unabhängige Wahlaufbruch nennt, wiederum
höchst wichtiges als Mittel zum Ziel zu gelangen, die
„Aktion der Masse“. Die Aktion der Masse kann sich mit
dem Einmütigen vollziehen oder durch den General-
streik oder mit 21-Zentimetergeschossen und noch
anderen „Kraftmitteln“, die die kommunistische „Aktion
Planne“ neuer als das richtige Mittel des Klassen-
kampfes geltend für welche Aktion der Masse der Kampf
ist nun gemeint? Wollen die Unabhängigen die Ver-
fassung auf verfassungsmäßigem Wege ändern, so wird
diese Methode unseren Beifall finden, zum Ziel der

Aufhebung der Wadelsvorrechte.

In der Sitzung des preussischen Staatsministeriums
vom Freitag wurde ein Gesetzentwurf über die Auf-
hebung der Standesvorrechte des Adels und die Auf-
lösung der Hausbesitzer angenommen. Danach wer-
den die auf dem öffentlichen Recht beruhenden Berufs-
den Vorrechte des bisherigen Adelsstandes einschließlich
der Vorrechte der in Artikel 57, 58 Einführungsgesetz
zum BGB. genannten Familien sowie des Herzoglich
Sachsenischen Fürstentums, und der Mitglieder dieser
Familie aufgehoben, soweit sie nicht bereits beseitigt
worden sind.

Der Streik im Elbab.
Nach Privatmitteilungen des elbischen Journalisten
Grundbach an die „Humanität“ aus Weß ist der Streik
in Elbab und Umgebung seit gestern allgemein. Das
Eisenbahn- und Postpersonal habe sich ihm angeschlossen.
Ein lebhafter Zwischenfall habe sich in Algringen
bei Döbenhofen ereignet. Der Unterprekter von
Döbenhofen sei dorthin geschickt und habe angeordnet,
ein Demonstrationszug von Arbeitermännern nicht
auszuweichen und die Menge mit einem Revolver
bedroht. Er und die beiden ihn begleitenden Wachen
seien verletzt worden. Der Unterprekter soll einen
Wasser- oder Bajonettstich erlitten haben. Nach einer
anderen Meldung wurden zwei Schwabener Kavallerie
nach Algringen geschickt. In Döbenhofen und Um-
gebung soll den Deutschen verboten worden sein, ihre
Wohnungen zu verlassen, solange der Streik andauert.

Ein Fertigungsabkommen mit Norwegen.
W.P. Berlin, 24. April. Im Auswärtigen Amt
ist ein neues Fertigungsabkommen mit Norwegen unter-
zeichnet worden, das die Lieferung von einer Million
Kohle für den Zeitraum von ungefähr 40 Mil-
lionen Kronen vorsieht.

Deutsche Angelegenheiten im englischen Parlament.
Churchill erklärte im Unterhaus, daß die Alliierten
auf die Frage der Verteidigung der noch in Deutsch-
land befindlichen 12 000 Flugzeuge bestanden. Auf
eine Anfrage über die Bestimmung der Schatzkammer
Wiederbeschaffung erwiderte der Schatzkanzler Cham-
berlain, es seien beträchtliche Lieferungen an Schiffs-
rohle usw. eingegangen, aber er könne den Gelde-
wert dieser Lieferungen nicht angeben. Eine Anfrage, ob
die englische Regierung bei der französischen Vorkriegs-
wegen Verwendung schwarzer Truppen in den besetzten
deutschen Gebieten erhoben habe, wurde von Bonar Law
verneint. Er glaube nicht, daß es die Aufgabe der
Regierung sei, über eine andere Regierung ein Urteil
auszusprechen.

Das Wahlverbot in Osterreich.
Gindenburg, 25. April. Ein anheerenderischer
Bezirksrat der E. P. D. protestierte gegen das Wahl-

verbot der internationalen Kommission und sprach sich
dafür aus, daß die oberösterreichische Sozialdemokratie nach
wie vor allen Autonomiebestrebungen abnehmend gegen-
überstehe.

Ein Kommunist in Schußhaft.
In Frankfurt nahm die Kriminalpolizei gestern
den Führer der kommunistischen Arbeiterpartei Deutsch-
lands, Ernst König aus Pöhlitz, in Schußhaft. In
Verhaftung steht er nicht mit dem bekannten
Kommunisten aus Döbenhofen identisch.

Krankenderversicherungsgrenze 12 000 Mark.
W.P. Berlin, 24. April. (Drabtnachricht.)
Nachdem am Freitag die Nationalversammlung sich für
die Aufhebung der Krankenderversicherungsgrenze, worin
die Versicherungspflicht bis auf Einkommen von 20 000
Mark festgesetzt wurde, ausgesprochen hat, hat die
Regierung ebenfalls dem Reichstag eine neue Verord-
nung vorgelegt, worin die Versicherungsgrenze für den
Grundlohn auf 24—30 Mark festgesetzt wird. Der Zeit-
punkt des Inkrafttretens der neuen Verordnung ist auf
den 3. Mai festgesetzt worden, während die neue Be-
grenzung des Grundlohnes vom 27. April ab Geltung
haben soll. Der Reichstag nahm die Regierungsvor-
lage an.

Volen-Krauderungen.
Breslau, 25. April. In den oberösterreichischen
Städten haben die Polen heute trotz des Verbots von
Angehörigen Versammlungen zum Einspruch gegen
den angeblichen Fehler der Deutschen veranstaltet und
a. a. auch Entfernung der Ehrengewerke, Ausweisung
der deutschen Agenten und der Führer der deutschen
Bewegung verlangt. Die Verantwortlichen dieser An-
gebungen sollen von der Enterte-Kommission zur
Rechenschaft gezogen werden. Zwischenfälle sind bis jetzt
nicht gemeldet.

Nus San Remo.
Die Konferenz, die im Prinzip beschlossen, im näch-
sten Monat deutsche Delegierte nach Belgien zu einer
Zusammenkunft mit Vertretern der Alliierten einzuladen,
um über die Anwendung der Wiederbeschaffungs-
maßnahmen zu beraten.

Der Sonderberichterstatter des „Antanfrageant“
meldet aus San Remo, daß man vielleicht Deutschland
ein Heer von 150 000 Mann bewilligen werde.
Paris, 25. April. Nach einer Awaß-Meldung
aus St. Etienne haben die Bergarbeiter der Loire
gegen die Verteilung Kalkstein durch den Obersten
Berichtshof protestiert.

Nus der Wertfakt der deutschen Revolution.

Nus Emil Barth's Revolutionserinnerungen:
Von Geleit und Verbrechen.
SK. Der frühere Volksbeauftragte Emil Barth hat
in dem bekannten unabhängigen Verlag von Adolf Hoff-
mann seine kritischen und Revolutionserinnerungen
erschienen lassen und damit zweifellos einen interessanten
Beitrag zu einer der wichtigsten Perioden der deutschen
Geschichte geliefert. Natürlich darf man nicht jedes Wort
des Emil Barth schon als reine Wahrheit beschreiben.
Denn wie man das, so wäre er im Deutschen Reich un-
geheuer der einzige Mensch von Wert und Charakter,
aber leider lahmgelähmt dadurch, daß alle anderen ent-
weder Feind oder Verräter sind. Reichstümlich, feige,
renommistisch, plump, demagogisch sind sie nach Barth
alle, nicht nur die rechtssozialistischen Revolutionsver-
treter (das versteht sich für Barth von selbst), sondern
auch die Dittmann und Haase, die Liebknecht und Duxer.
Emil Barth ist der einzige, der schon am 4. August ge-
müht hat, wie lange der Krieg dauern und wie er enden
wird. Emil Barth ist der einzige, der weiß, wann und
wie man eine Revolution machen muß, und er hat des-
halb die deutsche Revolution gemacht, er allein mit seinem
Freunde Paul Caeht, nur gelegentlich rochenrich und
gottfriedlich ein wenig unterstützt von Dümmig und
Richard Müller, von den Übrigen nur abgemittelt und ge-
hört. Diese Erklärungsbewertung nicht in Barth's Dar-
stellung nicht gar so arg, weil er auch nicht verkneipelt,
daß die anderen ihn dafür in den weissen Fäulen für
nulla malumartig erklärt haben. Wer nicht hätte, soll

hier nicht weiter unterliegen werden. Aber als Beispiel der Art, wie die Bewegung sich abwickelt, sei mir mitgeteilt, wie er sich nach seiner Schilderung mit Friedrich Duntzer und Dr. Ernst Meyer unterhalten hat, als diese kurz vor der Revolution durchwegs eine bewaffnete Demonstration veranlassen wollten. Duntzer forderte von ihnen, daß diese drei dann mit ihm an der Spitze des Zuges marschieren und die ersten Schüsse abfeuern sollten. Als sie sich weigerten, erklärte er ihnen:

„Aus ihnen spricht die Feigheit und der Größenwahn. Sollte einer von euch diesen verlogenen oder Viehhaas nehmen wollen, dann frage ich ihn wieder, so wahr ich hier sitze. Wird die Demonstration beschließen und Sie (Friedrich) oder Meyer oder Duntzer kommen nicht, und zwar wie eben gesagt, dann frage ich auch wegen Feigheit und Schurkelei wieder wie heute.“

Man sieht, Emil Barth ließ eine kräftige Strafe zum Glück eiden die meisten Geschwitten verurteilen. Auch diese Erzählung schließt: „Ich brauchte mein Wort nicht mehr zu machen, der Zentralvorstand leitete die Demonstration ab.“ So ist die Darstellung Barth's auch sonst bemerkt, die führenden Genossen der U. S. V. und R. P. als ganz besonders feige, dämliche und gemeinliche Menschen zu schildern. Der Bericht über ein Bankett bei Joffe Ende Oktober 1918 gieft in dem Satz: „Dieses gesellschaftliche Bankettbrühen und Anhimeln war geradezu widerlich.“ In der Tat kann Barth nicht viel genau betonen, daß an der Revolution und ihrem Erfolg die U. S. V. und R. P. auch nicht den letzten Anteil hatten.

Es wäre aber ein Unrecht gegenüber dieser Schrift, sie nur als eine Schimpflichkeit darzustellen. Barth ist durchaus nicht ungebildet und hat tatsächlich einen scharfen Blick für die Feinheit, die von der äußersten Linken gemacht worden ist. Er bringt die genauen Nachweise dafür, wie unklar die U. S. V. nach der Revolution lazierte und wie sehr sie alle Fehler selbst gemacht hat, die sie später den mehrheitssozialistischen Organisationen als Todsünde anrechnete. In der Partei drängen habe jeder Unabhängige seine eigene Politik gemacht, und jeder eine falsche. Die Hauptfehler sind nach Barth's Auffassung die Nichtteilnahme am Zentralrat, der Austritt aus der Regierung, der Kampf gegen die Nationalversammlung und der Januar-Bank, bei dem er nur die Frage nicht ist, ob er größer als Ciesler oder als Berthold war. Von der U. S. V. auf dem Parteitag gieft Barth folgende Schilderungen:

„Es herrschte eine Ansehenslosigkeit in organisatorischer und faktischer Hinsicht, die nicht zu übersehen war. Die äußersten Extremisten waren links Sedert und rechts Gifferting und bewährten bildete jeder für sich eine Fraktion, so manche sogar zwei. In einem Punkte waren allerdings alle Geschwitten einig: in der abschließenden Beurteilung Berlins, wenn auch die Wortwahl wiederum alle Schwärzungen aufwies. Eine neue Einholung war: Es war als ob ein Teil der besten Männer des Proletariats bemerkt wollten, daß sie auch die Unvernünftigkeit, bis zur höchsten Potenz gelangt, in sich verkörpert könnten. Das Wort Prinzip schien jedes klare Denken erwidert zu haben. Ah, was war in ihnen dann nicht alles Brinial? ... Ihre Fraktion konnte sich aus lauter Unfähigkeit auf seinen Antragvorstellungen, auf seinen Schriftführer einigen.“

Harmschreibung heißt Barth es auch, daß seitens der U. S. V. die Revolution durch den Parteitag verurteilt worden ist. Persönlich ist Barth tief enttäuscht. Nach seiner Angabe hat man ihn für feige erklärt, als er von den Anstandsberatern abtrat; für einen Revolutionsdemonstrator, als er die falsche allgemeine Demonstration propagierte; für einen Kapitalist, als er vor überpartisanen Streitvorstellungen warnte; für einen Verräter, als er erklärte, daß ihm um der Revolution willen vor diesen Arbeiter- und Soldatenräten graue:

„Ganz verächtlich und verachtet wurde es mir, daß ich mich gegen die StraßenDemonstrationen und Demonstrationen wandte, gegen die die Reaktion stützende und die revolutionäre Kraft des Proletariats zermürbende, daß Berliner Proletariat lächerlich machende, revolutionäre Gemächlichkeit. Die revolutionäre

näre Gemächlichkeit — einmal hat und einmal dort, ein bißchen Generalität, ein bißchen Demonstration und auch ein bißchen Fraktion — also die Mittel ihrer Aktion in der revolutionären Auffassung, das eben ist Revolutionärrat.“

Nach seinen Angaben hat sich Barth vom politischen Leben zurückgezogen und will erst wiederkommen, wenn man ihn ruft. Darauf wird er wohl einige 3. 4. worten können. Inzwischen muß die, die es angeht, aus seinem Buch mancherlei lernen.

Minister Braun und Herr v. Schorlemer.

Den R. P. R. wird geschrieben:
Der Bericht der rechtslebenden Blätter über die Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats brachte die Mitteilung, daß vom Landwirtschaftsminister Braun ein Schreiben des Inhalts eingegangen sei, daß, nachdem ihm die Stellung des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrats, Herr v. Schorlemer, bekannt geworden sei, er es ablehnen wolle, von der Einladung zur Sitzung selber oder auch nur durch Entsendung von Kommissaren Gebrauch zu machen. Der Bericht verzeichnet an dieser Stelle: „große Unruhe“ und den Ruf: „Inhorst!“ — Es ist sehr eigenartig, daß die Teilnehmer an der Sitzung ein derartiges Ertrauen und gar noch Enttäuschung darüber an den Tag legen, daß der Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident Braun auf einen Betrug ihrer Vertrauenswürdigkeit verurteilt. Denn die Art, wie Herr v. Schorlemer gegen den ihm politisch höchst ungemühen Minister verfahren arbeitet, muß es einem Politiker mit Selbstachtung verbieten, Verbindung mit diesem Herrn zu suchen. Es ist daran zu erinnern, daß Herr v. Schorlemer am 27. Juli v. J. in einem in der „Freiheit“ veröffentlichten Brief an den Grafen Veit schrieb: „Alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden, um den Minister Braun zu stützen. Bleibt er im Amte, so wird er bald die ganzen Landarbeiter gesellschaftlich organisiert und für den Gen. zentralrat vorbereitet haben.“ — Auch darauf sei hingewiesen, daß, als Minister Braun nur einigen Ministern aus wiewolwegenen sachlichen Gründen die Erlaubnis zur Ausscheidung weiterer Mittel der Reichslandverbände an die Reichslandgesellschaft für Landwirtschaftsfragen machte, er doch seinen in einem von Herrn v. Schorlemer mit unterzeichneten Schreiben verfaßten angegriffen und seine den Stellen um Schorlemer nicht zureichende Handlungswerte als „Kruppellos“ bezeichnet wurde. — Es ist also wirklich kein persönlicher Affront gewesen, den der Landwirtschaftsminister dem Landwirtschaftsrat durch sein Zusammenarbeiten mit dem Landwirtschaftsrat als solchem wird er stets bereit sein. Mit seinem derzeitigen Vorhaben, der ihm persönlich und in der abschließenden Form befehle, kann er sich nicht an einen Tisch legen.

Staatsoberster und Sicherheitspolizei.

Aus dem Ministerium des Innern wird uns über die Neuorganisation der Sicherheitspolizei mitgeteilt: Die mannigfachen Erörterungen der Presse über Neuaufbau und Reorganisation, sowie Abbau der grünen Sicherheitspolizei lassen es angebracht erscheinen, festzustellen, daß der große Teil der bisherigen Nachrichten auf diesem Gebiete nicht authentisch und daher unzutreffend gewesen ist. Die Dinge liegen so, daß das Ministerium des Innern mit allem Nachdruck darauf hinarbeitet, eine absolut zuverlässige und verfassungstreue Truppe in der Sicherheitspolizei zu schaffen. Von dem letzten ist viel diskutiert worden — Verhältnis zwischen Sicherheitspolizei und der blauen Ordnungspolizei und überhaupt von der Ordnungspolizei ist bei den jetzt geführten Verhandlungen noch nicht die Rede gewesen. Ueber das gegenwärtige Verhältnis der beiden Institutionen wird später und selbstverständlich unter Hinweis auf die Uebereinstimmung verhandelt werden. Viel besprochen wird auch die Frage der Zusammenlegung der Sicherheitspolizei des Berliner Polizeipräsidiums sich zusammenzusetzen aus 2000 Arbeitern, Angehörigen der Polizei und Landwehrmacht, Bäckern, Tisch-

lern, Schloßern usw. Im Rahmen der Staats- und Landespolizei, Schloßern, Bedienten, Bedienten und höhern Beamten der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, 1104 Friedenskapitulanten. Mit dieser Statistik dürfte erweisen sein, daß von einer einheitlichen Zusammenlegung der Sicherheitspolizei in Berlin nicht die Rede sein kann. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Reich. So befinden sich z. B. organisierte Arbeiter innerhalb der einzelnen lokalen Sicherheitspolizeien in folgendem Prozentfuß bei dortigen Gesamtarbeit: München 4 Prozent, Breslau 20 Prozent, Köln 33 Prozent, Gießenburg 1 Prozent, Rastow 20 Prozent, Kiel 35 Prozent, Rönigsberg 35 Prozent, Magdeburg 40 Prozent, Potsdam 20 Prozent, Provinz Sachsen 30 Prozent, Stettin 17 Prozent.

Ein entlarvter Spöbel.

Unter Brubersblatt, die Breslauer Volkswohlfahrt, schreibt: Der Mann, der seit Jahren unsere Partei planmäßig bespöthelt hat, der während der Parteitage verächtliche, untertänigliche führenden Genossen der Reaktion, aus dieser zu liefern, ist gefunden. Es ist der Goldarbeiter Alois Paul, Breslau, Bolener Straße Nr. 70. Die Genossen werden vor diesem Manne gewarnt, die Parteipresse wird um Abdruck ersucht.

Der deutschlandweite Parteiretreat als Kaufbrot.

Eine Anfrage des Ag. Genossen Wolff-Züstli befragt sich mit dem Auftreten des deutschlandweiten Parteiretreats Willi Ohm, der in einer deutschlandweiten Veranlassung zu Jüterburg am 26. Februar 1920 den Lehrer Wedemann wegen eines Zwischenrufes verprügelte. Ebenso wurden andere sozialdemokratische Veranlassungen, die sich einen Zwischenruf erlaubten, von der Roborie des Herrn Ohm, die durch Reichswehrsoldaten, namentlich Offiziere, verstärkt war, mit Mitteln und anderen Instrumenten bearbeitet. Zur Charakteristik Ohms mag noch angeführt werden, daß er im November 1913 geführender Revolutionär war, der den Soldatenrätern revolutionäre Auftritte in die Feder diktierte. Jetzt ist Herr Ohm ebenso glühender Sozialist, dazu ein gewaltiger Kaufbrot.
So sieht ein deutschlandweiter Parteiretreat aus!

Wie Kapp nach Schweden kam.

Kapp ist in einem Flugzeug der Deutschen Luftseereederei von Jönköping abgefahren. Wie das vor sich ging, darüber wird folgendes mitgeteilt:
Am 10. April, vormittags um 11.40 Uhr, wurde von der Flugkontrolle Jönköping ein Apparat der Deutschen Luftseereederei Startklar gemacht zum Hamburg gegeben. Die deutsche Flugkontrolle erteilte die Genehmigung zum Flug im Auftrag des Ministeriums des Innern durch Beamte der Sicherheitspolizei aus. Die Beamten haben entsprechend den Anweisungen, nach denen die Verhaftungsbefugnisse auf fahrdienstliche Beobachtungen sich zu erstrecken hat, die Kontrolle auszuführen. Da die Maschine in allen Punkten entsprechend den Vorschriften ausgeführt war, und da die von der Deutschen Luftseereederei angefertigten Fahrausweise des Führers und Begleiters in Ordnung waren, fand dem Flug nichts entgegen. In einer Kontrolle der Regionalpolizei und der Jücker ist nur die Kontrolle bei solchen Maschinen berechtigt, die für das Ausland bestimmt sind. Auf dem Fahrausweis war jedoch von der Deutschen Luftseereederei ausdrücklich das Einzel Hamburg angegeben.

Der türkische Frieden.

Auf einer „Tempo“-Wendung aus Konstantinopel wird die türkische Friedensdelegation nächste Woche unter Führung des ehemaligen Votschafters in London, Deniz Paşa, nach Paris abreisen. Sie wird nur den Text des Friedensvertrages entgegennehmen, der in Konstantinopel vom Reichsrat beschlossen worden soll. — Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus San Remo soll der Vertreter der Türkei erklärt haben, die Türkei werde diesen Vertrag niemals unterzeichnen. — Nach der „Chicago Tribune“ soll der Türkei ein Oer von

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Wenzinger.

21. Fortsetzung.

„Ich meine schon, daß du recht hast, Vater.“ sagte Magdalena.

Darauf verlor dich. Ich weiß, sie halten es da kaum in der Gegenwart anders, da mehr Buche und Tieren schenken zusammen, bis sie einander überdrüssig werden oder sich gewöhnen, dann ist kein Vertrauen Zeit und Ort, was losen und beim Zusammenhören sehr rechte Segen. Wohl, die Buche werden bis zum Ende gehalten, und keine Kameradinnen werden bis erklären, das ist die Zeit, die Leute sehen es nicht gerne, wenn eines andres ist wie sie, und das Schwein sagt zum Mo: ich liebe mich nicht freigeist! Sie werden die auch sagen: mit Fremden steigt du keinen Mann. Aber das ist all' Weib's und leicht' Bienegehebe und schlechter Rat, auf solchen mag auch ihrer Zeit die Weltser Erheit' gehört haben, und wohin er führt, davon ist die ein lebendig Beispiel. Was sie mir für Unheil' in das Gesellert hat, verzeih' ich unter Verzeiht: sonst erdarnt sie mir; denn Fiebel' und Segen verzeih' sie wohl selber, sondern in sich: Mit der Vertrauensfeier besitzt eine Achtung vor dem andern und mit der Zeit auch vor allem, und jedem, vor Gott und der Welt, auf das Schmeigeln kommt das Drogen, auf das Schmeigeln das Schmeigeln, es liegt keine Barmherzigkeit darin, und die soll das Weib's ge brauchen, daß das, was er muß, auch einen Schick freigt und er nicht leidet wie das liebe Weib. Die Buche sind von Gans aus rot, daß sie das Weib's und aus ihnen was Rechtes werden mag, das sind ihnen die Weib'sleute auf die Welt gesetzt, das verzeih' ich jeder, und gerade, wenn dich ein Buche gern hat, so wird ihm deine Erbarmung bis ins Herzinnere Freunde machen.“

„Nicht wahr? So denn ich selber, Vater?“
„Das ist recht, und dabei verzeih'! Und werf' dir auch, so solch rechtigstem Barmherzigkeit hast kein vorzeitig hohlig Weien, da darf keine darauf aus sein, nur vorerst und eigene Frau zu werden, da heißt es zuwarten und stetig die eigenen Hände führen und sich rechtigstellen durch die

Welt bringen, daß man vor Gott nicht abgibt und vor der Welt nichts zu verheimlichen braucht, und daher auch vor dem nächsten Mann keine Heimschick hat. So ist doch einmal ein Fiebel' Weib's werden, zu mehr kann es keine zehnen.“ Er muß nicht nur davon denken, was du von Frauen hast, nicht wie ich und meine Mutter leben, mir sind hat wohl schon alt und jung, und da frag' nicht nach. Aber aus gemächlichkeit! Sei' heraus kommt' ich dir nicht andres sagen, als tu' sie, halt' dich brav! Im Himmel kennt sich untereins nicht so aus, wie vielleicht der Herr Vater, aber auf Erden kann es sein Hebrers Anstehen geben, als neben einem rechten Mann ein rechtes Weib! Nicht einmal eins, wenig nicht darauf, der alte Reinhardt hat dir's gesagt, gemäß betest du mir ein paar Vaterunter' über's Grab!“

„Bepel's Gott.“ sagte das Mädchen mit verhaltenem Atem.
Der Vater lag sie groß an, dann sagte er lächelnd: „Ich glaub' gar, du meinst, das wäre ebradigt gewesen! Ich möcht' doch nicht, es erweise mir wie unserm hochwürdigen Herrn, dem begeben es die Bauern von einem Sonntag auf den andern.“

„Mein Betrug nicht.“ sagte die Frau.
Der Bauer oder der Sohn wieder an einen Baum getreten, handhabte das Gartenmesser und stigte Hauspfeiler aus.

Auch Magdalena hatte die Arbeit wieder aufgenommen. — Die rechtsinnigen und geruhet es hoch der Vater mit die meiste! Rißt sich denn denken, daß jemals ein fremder Mensch es auch so mit ihr meinen werde? Und was würde sie denn wohl diesem zuleben tun?

7.
Wenn man einen kleinen Anstieg nicht sieht, so kann man auf längeren Wege über die Hügel vom Wasser-Graben in den mittleren gelangen und umgekehrt. Lauer auf die Wiese läuft ein schmaler Pfad, verläuft sich oben im Busch und führt auf der anderen Seite wieder über eine Wiese herab.

Manchen Sonntag geleitete die Reinhardt'se Rent die Kleinhuber Franz' diesen Siegel hinab bis zum Saume des Waldes, wo sie sich von der rechtslebende und diese ihren Weg

nach dem Wasser-Graben allein fortsetzte. Rent ließ sich dann im Schatten der Bäume nieder, lag auf das erstele Geshöft herab und war in Ruhezeit von demselben, falls man ihrer bedurfte.

„So waren auch an einem Sonntagagnadmit die beiden Mädchen schäfernd und lachend den Hügel hinangehten; die Franz' wollte immer zu reden und hatte immer zu sagen, wenn es auch über nicht war.“

„Was guckst du denn immer hinter dich?“ fragte Magdalena.

„Weil uns ein Bub nachsteigt.“ war die lachende Antwort.
„Entweder es ist nicht wahr und du möchtest mich gern auslachen, wenn ich den Kopf drehe, oder es ist wahr, dann schau' auch du nicht zurück, wer mehr, was ich so einer gleich einbilden könnt'!“

„Mag er sich einbilden, was er will, ich weis', die Kesseln, wo man herab, ist noch lang hin. Ich behalt' aber an ein Geshöft nicht, ich warde bis nach Gerst' abemmelst!“

„Da darf freilich wenn Herrgott nicht herunten auf der Welt dabei sein, wenn du heiraten willst, du Unend' du!“
„Ja, und weis' auch, warum?“
„Rein.“

„Weil sich's von oben schöner ausnehmen wird.“
„Weil' zu!“
„Und dann noch eins, das meine ich aber im Ernst; damit er mir vom lieben Himmel du oben einen Mann her unterwirft; denn auf der Erb' taugen alle nicht.“
„Du freiest auch gewiß dein Betrug feinen.“

„Im das kriegen ist es nicht, aber um das Nehmen. Weis', wie die Krämer Weie nicht geizig hat: D' Welt ist voll' Müll'! Ich schon einen Mann kriegen lassen, er ist so anliget so viele! Und laß, warum hat sie auch feinen genommen.“

„Weil wohl umgekehrt gemein sein.“
„Warum denn? Freilich hat sie ihre dreißig Jahr' auf dem Rücken, aber noch was dazu!“
„Wohi' wissen, was?“
„Einen Bude!“
„Sagt Herr' dich Gott. Denn' bist schon gar ausgeliefert, ich bin ordentlich froh, wenn ich dich los werde.“
(Fortsetzung folgt.)

50 000 Mann besaßen werden. Konstantinopel soll eine...
Polizei-Truppe erhalten, die einer internationalen Kom-
mission untersteht, deren Vorsitzende abwechselnd Frank-
reich, England und Italien stellen sollen.

Das Militärverorgungsgezet.

Im sozialpolitischen Ausdehnen der Nationalver-
sammlung wurde die zweite Lesung des Versorgungs-
gesetzes erledigt. Der Paragraph 27, der die Grund-
rechte regelt, wurde unter Eröffnung der Schwerebeschä-
digenzliste in folgender Aufstellung angenommen:
In Grundrenten und Schwerbeschädigten-
zulagen werden jährlich gewährt: Bei einer Minder-
ung der Erwerbsfähigkeit von 20 Prozent 450 Mark
Grundrente, von 30 Proz. 720 Mark Grundrente, von
40 Proz. 900 Mark Grundrente, von 50 Proz. 1200 Mark
Grundrente und 150 Mark Schwerbeschädigtenzulage,
von 70 Proz. 1650 Mark Grundrente und 450 Mark Schwer-
beschädigtenzulage, von 80 Proz. 1920 Mark Grundrente
und 600 Mark Schwerbeschädigtenzulage, von 90 Proz.
2100 Mark Grundrente und 900 Mark Schwerbeschädigten-
zulage, bei Erwerbsunfähigkeit 2400 Mark Grundrente
und 900 Mark Schwerbeschädigtenzulage.

Diese Eröffnung der Grundrente hat eine wesent-
liche Steigerung aller übrigen Zulagen zur Folge.
Von besonderer Bedeutung ist die Beschäftigung über
die Erbschaften A 35 Proz., B 30 Proz., C 20 Proz., D 10 Proz.
Paragraph 24 wird noch ergänzt durch folgenden Absatz:
Soweit das reichsheimtunenerpflichtige Vaters-
kommen aus dem Erb-Einkommen der Witwen und
Waisen besteht und nicht über 10 000 M. hinausgeht,
ist die Waisenrente unverzüglich zu gewähren.
Der Rest des Gesetzes wird angenommen.

Teuerungszulagen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hatte im
Februar im Reichs-Protokollverhandlungen gegen die
mangelhafte B-ringung der Kriegsbeschädigten und
Hinterbliebenen veranlaßt und an die Reichsregie-
rung die Forderung auf Gewährung einmaliger und
laufender Teuerungszulagen gestellt. Nachdem am
Dienstag der zweifache Monatsbetrag der Rente als ein-
malige Teuerungszulage ausbezahlt wurde, ist nun der
Forderung des Reichsbundes insofern stattgegeben,
als bis zur Halbvermehrung der Bezüge nach dem neuen
Preisverhältnismessungsgesetz der gegenwärtig der National-
versammlung zur Beschäftigung vorliegt, auf alle
Bezüge der Kriegsbeschädigten vom 1. Mai ab 30 Proz.,
und auf die der Hinterbliebenen 40 Proz. als laufende
Zulagen gewährt werden.

Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr
20 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abg. Kahl
noch einmal Einspruch gegen die Hebung des Reichsjustiz-
Ministers vom 14. und 15. April und verlangt die Zurück-
nahme des dort enthaltenen Titates: Professoren, Juristen
und Taugenichtsen kann man überall um Geld haben. (Un-
ruhe links.)

Reichsjustizminister Hunsd legt dagegen nachdrückliche
Sternachtung ein. Der Abgeordnete habe seinerseits von
33 in Feldenoten in herabgelender Reihe gesprochen.
Um ihm vor Augen zu führen, wie verwerflich es sei, allge-
meine Werturteile über einen Stand zu fällen, habe er, der
Minister, den Einspruch des hundertfachen Richtiges ange-
sprochen, ohne sich diesen Auspruch des vertretenen, moralisch
vorkommenen Monarchen zu eigen zu
machen. (Im Saal zu unterföhren, sei niedrige Ver-
dächtigung. (Sturm rechts.)

Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück.
Abg. Dr. Kahl (D. Vnt.): Im Auslegen leid nur recht
münder, legt für nichts aus, so legt was unter! (Beifall
rechts: Sturm links.) Ihn zur Deutlichkeit zum Urteil
darüber auf, ob ein Mann, der so feindsinnig mit der Ehre
anderer umgeht, an der Spitze des Reichsjustizministeriums
sitzen kann.

Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück.
Wenn können der Vorlaut des Auspruchs jenes Königs
gemäßig oemelen wäre, hätte er ihn zurückgemien.
Der Ausschuss für die Geschäftsordnung beantragt, die
Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten

Beier-Doppelt (Soa.) in einem Polizeiflaggenverfahren nicht zu
erteilen. Der Antrag wird angenommen.

Derleihe Ausschuss stellt den Antrag betreffs des Abge-
ordneten Gener.-Leipzig und Dr. Meper-Sachsen (U. S.) auf
Grund einer Strafanzeige des Rates der Stadt Leipzig,
weil politische Motive vorgelesen hätten, nicht aber eine
ehrliche Handlungswelle. Der Antrag wird angenommen.

Derleihe Ausschuss stellt denselben Antrag betreffs des
Abgeordneten Broß (U. S.) in der Landesratsangelegen-
heit. Dagegen liegt ein Antrag vor, die Genehmigung zur
Strafverfolgung zu erteilen, und ein weiterer, die Sache an
den Ausschuss zurück zu gewiesen, da sie nicht genügend ge-
klärt sei. Nach längerer Geschäftsordnungssprache wird
der Antrag auf Zurückverweisung angenommen.

Der Gehekturmur, betreffend das deutsch-französische
Abkommen über die Zahlung der elsch-lotbringenden Pen-
sionen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zweite Beratung eines Gehekturmes betreffend den
Staatsvertrag über den Uebergang der Staats-
eisenbahnen auf das Reich.

Abg. Dr. Beier-Sachsen (D. Vnt.) berichtet, über die
Ausschussverhandlungen. Die Reichsregierung habe bei dem
Vertrage den Ländern gegenüber sehr schicklich abgemittelt.
Das Reich habe ungenügende Mehrzusagen. Hoffentlich
würden die Länder die gemachten Vorteile nicht allzu
schmerzlos aus. Nur in dieser Hinsicht könne der Aus-
schuss die Annahme des Gesetzes empfehlen.

Reichsjustizminister Dr. Hunsd. Ich hoffe, daß wie
der Ausschuss, so auch das Plenum die Vorlage mit über-
wiegender Mehrheit annehmen wird. Die Verantwortung
für die Vorlage mit Einschluß ihrer gesamten finanziellen
Wirkungen übernimmt die Regierung vollkommen. Der
Uebernahmepreis ist durchaus angemessen. Die Reichsregie-
rung konnte es nicht verantworten, den Vertrag scheitern zu
lassen. Das Personal verlangt die Uebernahme auf das
Reich wegen der Selbstverwaltung. Eine einheitliche Ver-
waltung wurde auch erforderlich im Hinblick auf die örtlichen
Streiks und Unruhen.

Abg. Gomborff (Bann. Vnt.) erklärt, daß seine Partei
gegen das Gesetz stimmen werde.

Der Gehekturmur wird angenommen.

Der Gehekturmur über die Aufhebung der Ge-
schäftsvereinigungen im Post- und Telegraphenverkehr
wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Gehekturmur über die Aufhebung des bayerischen
und württembergischen Postvereins wird ebenfalls in zweiter
und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Gehekturme be-
treffend Telephonwesen und Fernsprechnetz.
betreffend Telephonwesen und betreffend das Postwesen
des Deutschen Reiches.

Abg. Hülser-Berlin (Soa.) bemängelt eine Reihe von
Tarifforderungen, durch die besonders das Zeitungsgewerbe auf
das schwerste befallen würde.

Abg. Trimborn (Zr.) beantragt, die Zeitungsgewerben
erst vom 1. Oktober ab in Kraft treten zu lassen.

Reichspostminister Giesberts: Diese Vorlagen sind eine
Warnungstafel. Wir haben volles Verständnis für die
schwierige Lage der Presse, aber ich verhalte mich nur, das
Beste herauszuholen. Mit dem Antrage Trimborn kann
ich einverstanden sein. Eine Reform des Schied-
sgerichts würde ich schon lange

Abg. Hülser (Dem.): Wir sehen in den neuen Gebüh-
ren eine katastrophale Belastung des Verkehrs. Die Ge-
höhren dürfen nur provisorisch sein. Die Postver-
waltung muß aufhören, wie sie neue Erparnisse macht. Die
Telephonanlage wird von uns abgelehnt.

Abg. Bruhn (Dn.): Das Zeitungsgewerbe, besonders
die kleineren Verlage, werden mit dem Ruin bedroht. Der
Zustand bis 1. Oktober ist dringend nötig.

Abg. Wolf (D. Vnt.): Wir können uns nur schwer
enthalten, den erhöhten Gebühren zuzustimmen. Wir
vermissen die Bemühungen der Postverwaltung, Erparnisse
und neue Einnahmen aus anderen Quellen herbeizuführen.
Die Tarifanforderungen sind unmöglich.

Der Reichsregierungsvertreter bittet um Ablehnung der vor-
liegenden Anträge.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums verteidigt
insbesondere die Joangensanleihe. Bei dem höchsten Stande
des Postzinses sei eine freie Anleihe unmöglich.

Abg. Kubel (U. S.): Die Herren von der Postver-
waltung haben sich die Sache sehr leicht gemacht. Wir sind
überzeugt, daß im Postbetriebe andrerweit große Erparnisse
gemacht werden könnten. Die Vorlage ist unannehmbar.

Abg. Tel (Bann. Vnt.) wendet sich gegen die Telephon-
nebenvermehrung im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden.

Der Antrag auf Streichung der sogenannten
Joangensanleihe wird abgelehnt, mit einer

geringen Mehrheit bei schwach belehntem Hause, ebenso in
der sozialpolitischen dritten Lesung. Angenommen
wird ein Antrag Trimborn, der den periodisch erscheinenden
Zeitungen eine Vergütung bringt, ebenso
der Antrag Trimborn, der die Zeitungsgewerben
erhöhung bis zum 1. Oktober hinauschiebt. Die
Votagele werden in zweiter und dritter Lesung ange-
nommen.

Zu einem Gehekturmur über Abgabe zum Baukosten-
ausgleich bittet der Reichsarbeitsminister Schiffe um Ueber-
weisung an einen Ausschuss.

Abg. von Paner (Dem.) bittet im Einverständnis mit
dem Generationsrenten wegen der Minderheit des Gegen-
standes das Gesetz nicht mehr in der Nationalversammlung
zu beraten.

Das Gesetz geht an den Wohnungsausschuss.
Ein Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft betref-
fend Annahme von Kriegsanleihen an Zahlungsstatt wird
erledigt.

Reichsfinanzminister Wirth erklärt im Laufe der ent-
standenen Aussprache über die Frage, im Ministerium in
den nächsten Tagen in Besprechungen mit Abgeordneten und
Interessierten einzuwirken zu wollen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Notetat in Verbin-
dung mit Anträgen.
Schluß 8 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

Am 1. Oktober in Groß-Berlin.
Die Beratung über den Gehekturmur Groß-Berlin
wurde am Sonnabend in der Landesversammlung zu
Ende geführt. In der zweiten Lesung brachen die
Demokraten mit Hilfe der Rechten und des Zentrums
noch die Verfassungsänderung in die Vorlage, daß das Gesetz
erst am 1. Oktober dieses Jahres tritt am 1. Juli in
Kraft treten soll. In der dritten Lesung blieb der
Entwurf so wie er in der zweiten Lesung gekommen
war, unverändert, obwohl zwei Sammelanträge nötig
wurden. Einmal hatten die Deutschnationalen den
Antrag aus der zweiten Lesung wieder aufgenommen,
daß Groß-Berlin nicht Einheitsgemeinde, sondern Ge-
meinschaft werden sollte. Dafür trugen wieder die
Rechten ein, sie brachten jedoch nur 101 Stimmen gegen
die 118 der beiden sozialistischen Fraktionen und des
Rechts der Demokraten an. Auch der Antrag unserer
Genossen, das Gemeindefürsorge der neuen Stadt dem
Landtagspräsidenten entsprechend zu gestalten, wurde mit
den 118 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die
101 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen
abgelehnt. Bei allen Abstimmungen bildet nun somit die
Demokraten das Ärgelste an der Wage, und nur ihnen
ist es zu verdanken, daß schon das Kompromiß-
sammeln ausgearbeitet ist und auch das Inkrafttreten
des Gesetzes jetzt noch hinausgeschoben wurde. Am
Montag will das Haus die Verfassungsberatung be-
ginnen.

Parteinachrichten.

Aus Berlin. Eine Parteifunktionärkung der
S. P. D. beschäftigte sich vorige Woche mit den Wahlen.
Da in unserer Berliner Parteioffiziation eine so ge-
nannte Disposition besteht, so kommen in dieser Sitzung
die Gegenstände zwischen Berlin und der vorhereriden
den Richtung zum Ausdruck. Gen. G. K. H. H., ein
Vertreter der Opposition, hatte das Referat, während
die andere Seite nur in der Diskussion sprach. Nicht
vertraut folgende Gesichtspunkte: Weg mit der Kon-
dition, Schaffung einer Arbeitermehrheit und Arbeiter-
regierung. Die Räte müßten mehr zur Mitarbeit
herangezogen werden, als das bisher geschehen ist, die
Sozialisierung müßte fortgesetzt werden. Es sei ein
Schlagwort, daß man einen Baufort nicht soziali-
sieren könne, es gäbe aber viele Betriebe und besonders
Subditate, die sehr große Gewinne abwerfen. Es wäre
wohl möglich, auch mit bloß 48 Prozent Vertreter im
Parlament regieren zu können.

Die Debatte zeigte, daß die Parteigenossen der
Minderheit und der Mehrheit in vielen politischen
Fragen und insbesondere in ihren Empfindungen
durchaus einig sind. Man hat keine Gründe an der
Konkision, man hegt das lebhafteste Vertrauen, durch die
Wahlen aus ihr herauszukommen, man müßte die so-
zialistischen Demungen, die sich einer volkstümlichen Ver-
teilerpolitik entgegenstellen, befeitigt leben, man

Preiswertes Frühjahr-Angebot!

Wasch-Stoffe! bedruckt, 75 cm breit, große Sortimente Mitar 23.00 25.19 ⁹⁵ Baistie bedruckt, 75 cm breit, Tulpen, Blumen und Sirenen Meier 23.00 22.80 Weiß-Voileu, Baistie 18 ⁷⁵ Baistik-Waschstoffe 85 cm Br., gr. Muster- ausweil . . . Meier 21 ⁰⁰ 45 ⁰⁰	Damenbekleidung! farbig, gestreift und gemustert Verarbeitung 37.50 45.50 blendend schön, aus Vollerstoff gibt u. bestickt. 99.00 67.50 Weiß-Blusen 24 ⁵⁰ Straßenmäntel 45 ⁵⁰ Seidenmäntel 195 ⁰⁰ mit Gürtel u. gross. Kragen in mod. Farbe 375.00 245.00 Impfen. off. u. geschl. z. trag. in viel. Farben 650.00 450.00	Damen-Hüte! moderne Farben 22 ⁰⁰ 5.00 35.00 Schicke Borenhüte Flotte Sporthüte mit Bandgarnitur 15.00 Fesche Backfischhüte m. Band-u. Blumen- garnitur 38.00 25.00 Elegante Damenhüte in vernehmen Ge- schmack 135.00 75.00 45 ⁰⁰
--	---	--

Geschäftshaus **J. LEWIN** HALLE an der Saale
Marktplatz 2 u. 3.



müht sich einen stilleren, entschlossenen Kurs. In diesem Zweck und um den Kampf gegen rechts mit aller Kraft führen zu können, möchte man gerne die erwähnten Übungen mit den Unabkömmlichen durch eine verständnisvolle gegenseitige Unterstützung erleichtert sehen.

Trotzdem konnte die B. D. nicht die Mehrheit der Stimmen auf seine vorerwähnte Resolution verlangen, sondern es wurde die nur in der Diskussion begründete Resolution Krüger-Stampfer angenommen, die hier folgt:

Die Parteifunktionäre der S. P. D. Groß-Prussia erkläre in der nächsten und anschließenden Versammlung der Partei über die Punkte, insbesondere hinsichtlich die Demokratisierung aller öffentlichen Beamten.

tionen, die Demokratisierung der Verwaltung und die Sozialisierung betreffen, die dringlichste Aufgabe der Regierung, die nur bei deren Erfüllung die Unterstützung der Arbeiterschaft finden kann.

Die bevorstehende Reichstagswahl muß von der Arbeiterschaft dazu benutzt werden, eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit zu schaffen, um die Bahn frei zu machen für eine entschlossene und reine demokratische und sozialistische Politik. Zur Herbeiführung einer Einigung mit der U. S. P. auf diesem Gebiet, unter Wahrung jeder Diktatur, sind die Funktionäre jederseits bereit.

Aus diesen Auf einer getrennten Meißner Beauftragten Konferenz der künftigen Sozial-

demokratie verlangte der Fraktionsvorsitzende Zimmermann, daß die Einigung mit der Unabkömmlichen nicht abhängig gemacht werde von der Entfernung der Demokraten aus der Regierung. Alsbald entwickelte Rechte die Ansicht, daß wenn die Sozialdemokraten nicht völlig außer Rand und Band gewesen wären, die Wirkung des Raab-Bundes nicht hätte so groß werden können. Man müsse sich Mut blicken, so lauten, daß es noch einige Zeit dauern werde, bis es allmählich aufwärts gehe. Der Wunsch aber, weil Laufen mit den Offizieren und Unteroffizieren einer unmaßvollen Anzahl einzuwirken werden müßten. Jurzeit habe es keine andere Möglichkeit, als mit der Reaktion zu regieren, weil man keine sozialistische Mehrheit habe.

Ämliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Schulverordnungen

Nach dem Gemeindefestgesetz vom 19. März/12. April 1920 wird nach dem 1. April d. N. an den hiesigen hildlichen Mittel- und höheren Schulen das Schuljahr nach folgenden Sähen ansetzen:

a) **Erst- und Mittelschulen**

für das 1. Schuljahr	200 9/2	für das 1. Schuljahr	84 9/2
für das 2. Schuljahr	200 9/2	für das 2. Schuljahr	72 9/2
für das 3. Schuljahr	180 9/2	für das 3. Schuljahr	60 9/2

b) **Mittelschulen**

für das 1. Schuljahr	84 9/2	für das 1. Schuljahr	84 9/2
für das 2. Schuljahr	72 9/2	für das 2. Schuljahr	72 9/2
für das 3. Schuljahr	60 9/2		

Halle, den 21. April 1920.

Lebensmittel-Kalender.

Wochentage, Wochentage und Wochentage

Der Kalender enthält die Preise aller Lebensmittel, die in der Woche vom 28. April bis 1. Mai, in der Woche vom 5. Mai bis 7. Mai, in der Woche vom 12. Mai bis 14. Mai, in der Woche vom 19. Mai bis 21. Mai, in der Woche vom 26. Mai bis 28. Mai, in der Woche vom 2. Juni bis 4. Juni, in der Woche vom 9. Juni bis 11. Juni, in der Woche vom 16. Juni bis 18. Juni, in der Woche vom 23. Juni bis 25. Juni, in der Woche vom 30. Juni bis 2. Juli, in der Woche vom 7. Juli bis 9. Juli, in der Woche vom 14. Juli bis 16. Juli, in der Woche vom 21. Juli bis 23. Juli, in der Woche vom 28. Juli bis 30. Juli, in der Woche vom 4. August bis 6. August, in der Woche vom 11. August bis 13. August, in der Woche vom 18. August bis 20. August, in der Woche vom 25. August bis 27. August, in der Woche vom 1. September bis 3. September, in der Woche vom 8. September bis 10. September, in der Woche vom 15. September bis 17. September, in der Woche vom 22. September bis 24. September, in der Woche vom 29. September bis 1. Oktober, in der Woche vom 6. Oktober bis 8. Oktober, in der Woche vom 13. Oktober bis 15. Oktober, in der Woche vom 20. Oktober bis 22. Oktober, in der Woche vom 27. Oktober bis 29. Oktober, in der Woche vom 3. November bis 5. November, in der Woche vom 10. November bis 12. November, in der Woche vom 17. November bis 19. November, in der Woche vom 24. November bis 26. November, in der Woche vom 1. Dezember bis 3. Dezember, in der Woche vom 8. Dezember bis 10. Dezember, in der Woche vom 15. Dezember bis 17. Dezember, in der Woche vom 22. Dezember bis 24. Dezember, in der Woche vom 29. Dezember bis 31. Dezember.

Beilinkäufen

Wir bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Beilinkäufen

Wir bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Walthalla-Operntheater.

Anfang 18 Uhr. Letztes Auftreten von Edmund Ferry! Zum letzten Male Eine Nacht in Venedig

Dienstag bis Freitag 8 Abends-Abende von M. Pöster u. G. Berrtram Auf vielseitig Wunsch: Schwarzwaldmädel.

(Kausche Susanne, wie vorgestern angekündigt, wird nicht gegeben.)

Kasse 10-11 u. 4-5 1/2

S. P. D. Gisleben

Wittwoch, den 28. April, abends 8 Uhr im Wiesenhaus

Große öffentliche Versammlung.

Reichstagskandidat Genosse Prof. Waentig-Halle a. S. spricht über das Thema:

„Deutschlands Schicksalsstunde.“

Männer und Frauen sind herzlich eingeladen.

Zur Debatte der Reden wird ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. erhoben.

Der Vorstand.

UT

Leipzigstrasse 88, Alte Promenade 11a

Ferret 1224 Ferret 5738

Anollo-Theater

Star und 5 Aufführungen. Täglich abends 7 1/2 Uhr.

Das Glücksradel

Revue mit 5 Schauspielen und 1000 Scherz.

Stadttheater

Dienstag, den 27. April, Anfang 7, Ed. n. 10 1/2 Uhr.

Der Wildschütz.

Mittwoch: Der Hecede Holländer.

Volk und Zeit.

Mai-Festzeitung 1920

Die Illustrationen und Text hervorragend künstlerisch ausgestattet und verbund wirkende diesjährige

Mai-Festzeitung

(Preis 50 Pfg.)

ist eingetroffen und in unserer Buchhandlung Gr. Ulrichstrasse 27 in Halle, sowie in der Volksbuchhandlung Marienstr. 10 in Naumburg, ebenso durch die Ausleger der „Volksstimme“ zu beziehen.

Ossi Oswald

in dem tollen Lustspiel in 3 Akten

Henny Porten

in dem Lustspiel in 4 Akten

Kobalieses Töchter

Vorführ. 5, 20, 9, 50

Vorl. 500, 1.10, 9, 30

Gummi-Absätze

best. Qualität, zu billigem Preis.

Lederhandlung

Wagelstrasse 27

Die Zolbauers

Die Zolbauers sind die besten... (Text continues with details about the product and its benefits.)

Raufzucht

Die höchsten Preise für alle Sorten... (Text continues with details about the product and its benefits.)

Alt-Metalle

kauf ich billig. Preis. Gebr. Pies, Gr. Brauhausstr. 29.

Vermischtes

Bestes Aufwusch-, Putz- und Reinigungsmittel für alle Zwecke!

Ein wertvolles Buch in der Arbeiter-Bibliothek

Ein Jahr im Dienste der russischen Sowjetrepublik

Von Michael Smilg-Benaroi

Das Buch ist auch in unserer Parteiluchhandlung der Volksstimme, Gr. Ulrichstrasse 27 vorrätig.

Städtischer Lebensmittel-Verein

Wittwoch, den 27. d. Mts., ab 25 Uhr.

Beilinkäufen

Wir bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Papier steht sehr hoch.

Ich zahle die allerhöchsten Preise. Rufen Sie 3263 an, sofort wird abgeholt!

Anna Theuring,

Nur Gr. Wallstraße 42.

Man spart Arbeit und Geld!

Colonialwaren-, Drogen-, Küchengeräte- und Seifenhandlungen.

Hersteller: Chem. Werke Kemnitz, G. m. b. H., Kemnitz-Mügelin, Bez. Leipzig.

Bezirks-General-Vertrieb: Fa. Hermann Jenitzsch, Leipzig-Sellerhausen.

Ämliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

An der Nacht vom 18. April 1920 wurden in der Nähe des Meißnerwerkes bei Gietzfeld der Handelsmann Wilhelm Drosch und in derselben Nacht in Gietzfeld dessen Ehefrau durch Pistolen- und Messerstücke ermordet. Dem Ehemann Drosch wurde ein Geldbetrag von 20000 M. geraubt. Der Täter ist offenbar in beiden Fällen dieselbe Person. Er wird beschreiben als ein Mann von 30 bis 35 Jahren, der 1,75 bis 1,78 Meter groß, flach gebaut ist, lüchlich blaues Gesicht mit endlich gelbemtem Schnurrbart hat und dunklen Anzug sowie weichen, dunklen Hut trug. Die Haare trug er an der rechten Stirnseite tief heruntergekämmt, jedoch nie unter dem Hut hervor bis an die Augenbrauen reichten.

Zur Ermittlung des Täters hat der Herr Regierungs-Präsident in Meißner eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt, über deren Verteilung er unter Ausschluß des Richterorgans entscheidet.

Sachdienliche Angaben werden zu den Adressen 7, J. 843/20 erbeten.

Halle a. S., den 24. April 1920.

Der Erste Staatsanwalt.

Zwieback-Hochpreis.

Wir möchten auf die ersten Preise... (Text continues with details about the product and its benefits.)

Weissenfels

Genehmigung zur Wiederherstellung von Gemeindeverwaltungen.

Trigonometrische Maßlinie betr.

Die fest stehenden... (Text continues with details about the product and its benefits.)

Aus dem Hindritze.

Halle 26. April 1920.

Hebung und Stärkung der Parteipflicht.

ist sehr vornehmste sozialdemokratische Pflicht. Die Partei muß sich auf einen Kampf vorbereiten, wie sie ihn immer und öftereicher noch im durchzuführen hatte. Freie ganze Kraft hat sie zu sammeln zum Ansturm gegen die monarchistische Reaktion, die die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung mobilisieren wollen...

Die letzte Presse im Generalstreik.

Nachdem bereits das 'Volksblatt' in seiner impudischen Art den Streik über die vermeinten Schuldigen abgedruckt, die es gewagt hat, auch einmal - seit 20 Jahren am ersten Male! - zu streifen und unglücklich genug waren, ihm ihren Streik in die Zeit des letzten April zu legen, mit dem sie nun in Nr. 30 der 'Volksstimme' Gen. Stamper in der letzten Seite des Sinnes wieder ausdrücklich anerkannt soll haben werden...

Widmung der Arbeitsfähigkeit.

Die der Krieg die Arbeitsfähigkeit der weitaus größten Bevölkerungsgeschicht hat, zeigt sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Parteizahlen als Beispiel liefert folgender Bericht: Die Landesversicherungsanstalt Berlin hatte im Jahre 1919 gegenüber dem Vorjahr einen sehr bedeutenden Anstieg an Anträgen auf Gewährung einer Invalidenrente...

auf 4199). Gegenüber dem Antrags aus 1918 betrug das Mehr bei den Männern etwa 31 vom Hundert, bei den Frauen dagegen über 47 vom Hundert. Noch höhere Annahmen erlauben sich, wenn wir nur die Zahl der Bewilligungen von Invalidenrenten betrachten. Im Jahre 1919 waren es 5155, darunter 3421 Männer und 1734 für Frauen. Im Jahre 1918 waren es 4008 Männer und 1614 für Frauen...

Sozialdemokratischer Verein für Halle.

Dienstag, den 27. April, abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen

- Distrikts-Verfassungen
1. 2. u. 4. Distrikt im St. Nikolaus, Nikolafstr.
3. in Günthers Brauereischank, Gr. Brauhausstr. 27.
5. und 6. im Wäckerlingshaus, Gansackerstr.
7. und 7a im Restaurant zum Bürgerkasten, Jakobstraße, Ecke Bertramstraße.
8. in Kaffee Dohlem, Klotzstraße.
9. und 9a im St. Pauli, Merseburger Straße.
10. und 11. in Stadt Gärten, Ecke Süds- und Bernhardsstraße.
11. und 15. im Pfaffenstube Anna, Geißstraße.
16. im Restaurant Sülhoff Rheinsberg, Poststraße 9.
17. bis 20. im Restaurant Emmer, Ecke Eichenborfstr. u. Richard-Wagner-Straße.

Der 12. und 13. Distrikt tagt bereits heute, Montag, abends 8 Uhr in den 'Deutschen Bierstuben', Dessauer Straße (Mittelsbranner).

Stellungnahme zur Reichstagswahl!

Alle Genossen und Genossinnen müssen in diesen wichtigen Verfassungen teilnehmen. Keiner verlässe die Versammlung. Freunde unserer Partei können als Gäste eingeführt werden. Mit Parteilichkeit Das Wahlkomitee.

Schweizerisch-deutsche Hilfskommission für notleidende Deutsche Kinder.

Durch einlaes andere Geschäfte, welche diese Kommission unter dem Namen 'Schweizerisch-deutsche Hilfskommission für notleidende Deutsche Kinder' erhalten hat, die Sammlung wurde von dem 'Sonderauswahlschuss' in New York, der Vereinigung 'Schweizerisch-deutsche Hilfskommission für notleidende Deutsche Kinder'...

Rechtshilfe für die Post.

Die Postverwaltung hat die Post. Die Zahlung der Mitarbeitervergütungsbüchlein und der Anwalts- und Anwaltsrenten findet an den Hauptplätzen in den Räumen der Postämter, Berufsvereine (Ecke Wühlau) in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. in nächster Woche statt: a) für Mitarbeiter: am 29. April an die Anwohner der Stammorten Nr. 1 bis 15,000, am 30. April an die Anwohner der Stammorten Nr. 15,001 bis 15,000, am 1. Mai an die Anwohner der Stammorten Nr. 1 bis 25,000, am 2. Mai an die Anwohner der Stammorten Nr. 25,001 bis 25,000...

ger von Militär-Verordnungsbefugnissen, welche die Ausführung der Beiträge ins Haus beauftragt haben, erfolgt die Auszahlung durch die Postämter am 29. und 30. April. Damit die Auszahlung ungehindert stattfinden kann, werden die Empfänger ersucht, den auszufüllenden Briefkasten (Lose) zu erhalten und ihn bei der Zahlung der Beiträge dem Postamt zu übergeben. Die Zahlung erfolgt nur gegen Vorlegung der Mitgliedskarte.

Die Verteilung der Arbeitslosenunterstützung ist durch die Verteilung der Beiträge ins Haus beauftragt worden, welche die Ausführung der Beiträge ins Haus beauftragt haben, erfolgt die Auszahlung durch die Postämter am 29. und 30. April. Damit die Auszahlung ungehindert stattfinden kann, werden die Empfänger ersucht, den auszufüllenden Briefkasten (Lose) zu erhalten und ihn bei der Zahlung der Beiträge dem Postamt zu übergeben.

- 1. Beitritt aller Arbeiter bis zu einem Einkommen ohne die Rente in Höhe von 15,000 Mark, weil sonst die beachtliche Erhöhung der Rente teilweise wieder illusorisch gemacht wird.
2. Abschaffung der Zulage von 150 Mark für den Fortschritt der Renten.
3. Weitergehende Auszahlung des 2. über die Anrechnung der Dienstbeschäftigung unter besonderer Berücksichtigung der allgemeinen Einkünfte des Arztes, die heute nur in den letzten Fällen in Betracht kommen, von den Militärrenten ausgerechnet befreit werden.
4. Beitritt des 2. in seiner letzten Form und Schaffung von gleichen Renten für Vorkriegsbeschäftigte und Kriegshinterbliebenen.
5. Steuerfreiheit der Renten. Sollen die Renten des deutschen Volkes in der Nationalversammlung die berechtigten Forderungen ablehnen, dann werden die Reichsstaatspräsidenten ersucht werden, eine schriftliche Erklärung abzugeben, ob sie bereit sind, im Falle der Wahl für diese Forderungen und deren Durchführung in neuen Reichstagen einzutreten.

Gleichzeitig erhebt die Reichsversammlung die Forderung, dass die Reichsstaatspräsidenten die berechtigten Forderungen ablehnen, dann werden die Reichsstaatspräsidenten ersucht werden, eine schriftliche Erklärung abzugeben, ob sie bereit sind, im Falle der Wahl für diese Forderungen und deren Durchführung in neuen Reichstagen einzutreten.

Die Reichsversammlung der Arbeiterkassen erhebt die Forderung, dass die Reichsstaatspräsidenten die berechtigten Forderungen ablehnen, dann werden die Reichsstaatspräsidenten ersucht werden, eine schriftliche Erklärung abzugeben, ob sie bereit sind, im Falle der Wahl für diese Forderungen und deren Durchführung in neuen Reichstagen einzutreten.

Die Reichsversammlung der Arbeiterkassen erhebt die Forderung, dass die Reichsstaatspräsidenten die berechtigten Forderungen ablehnen, dann werden die Reichsstaatspräsidenten ersucht werden, eine schriftliche Erklärung abzugeben, ob sie bereit sind, im Falle der Wahl für diese Forderungen und deren Durchführung in neuen Reichstagen einzutreten.

Die Reichsversammlung der Arbeiterkassen erhebt die Forderung, dass die Reichsstaatspräsidenten die berechtigten Forderungen ablehnen, dann werden die Reichsstaatspräsidenten ersucht werden, eine schriftliche Erklärung abzugeben, ob sie bereit sind, im Falle der Wahl für diese Forderungen und deren Durchführung in neuen Reichstagen einzutreten.

Die Reichsversammlung der Arbeiterkassen erhebt die Forderung, dass die Reichsstaatspräsidenten die berechtigten Forderungen ablehnen, dann werden die Reichsstaatspräsidenten ersucht werden, eine schriftliche Erklärung abzugeben, ob sie bereit sind, im Falle der Wahl für diese Forderungen und deren Durchführung in neuen Reichstagen einzutreten.

Die Reichsversammlung der Arbeiterkassen erhebt die Forderung, dass die Reichsstaatspräsidenten die berechtigten Forderungen ablehnen, dann werden die Reichsstaatspräsidenten ersucht werden, eine schriftliche Erklärung abzugeben, ob sie bereit sind, im Falle der Wahl für diese Forderungen und deren Durchführung in neuen Reichstagen einzutreten.

Die Reichsversammlung der Arbeiterkassen erhebt die Forderung, dass die Reichsstaatspräsidenten die berechtigten Forderungen ablehnen, dann werden die Reichsstaatspräsidenten ersucht werden, eine schriftliche Erklärung abzugeben, ob sie bereit sind, im Falle der Wahl für diese Forderungen und deren Durchführung in neuen Reichstagen einzutreten.

